

Massen-, „Wir“ versus Familien-Wir

Über den Wortgebrauch durch den Staat und seine Propagandamedien

von Roland Woldag

Roland Woldag, Jahrgang 1961, ist Maschinenbauingenieur und betreibt die Website Familienwehr.de. Zuletzt schrieb er in *ef* 246 über „Psychologie und Politik: Die Grundformen der Angst“.

Wenn Kollektivist/Sozialist/Linke das Personalpronomen „Wir“ (Wir müssen ...) oder das Possesivpronomen „Unsere“ (Unsere Demokratie) verwenden, können Sie davon ausgehen, dass die das anders meinen, als der Wortsinn es nahelegt.

Wenn meine Frau sagt, „wir müssen noch Wein aus dem Keller holen“, ist klar, wer gemeint ist, aber ich mach’s ja gerne.

Wenn der Linke sagt, „wir“ müssen „uns“ um „die Menschen“ kümmern, meint er natürlich nicht, dass er nun loslegen würde, sich um einen Mühseligen und Beladenen in seinem persönlichen Umfeld zu scheren oder um seine Kinder (oft hat er der nächsten Generation das Leben verweigert), sondern er meint alle anderen außer sich.

Das „Wir“ des Kollektivist ist ein Massen-, „Wir“, das alle in die Pflicht nehmen soll, nur nicht die Förderer des eigenen Milieus. „Wir“ sind dann alle, außer Linke, denn die wollen selbst gleich noch mit versorgt werden. Es wird nämlich selten beobachtet, dass ein Linker „Wir“ sagt und sogleich zur guten Tat schreitet, dazu ist das anonyme staatliche Kollektiv auch viel zu unpersönlich.

In der DDR-Schule mussten wir das Buch „Timur und sein Trupp“ lesen. Die Geschichte ist in der Sowjetunion in einem Moskauer Vorort im Sommer 1939 angesiedelt. Viele Erwachsene sind an der Front (vom Zeitpunkt her ist es der Japanisch-Sowjetische Grenzkonflikt) oder einfach abwesend. Der 14-jährige Timur Garajew leistet als Anführer einer Gruppe Gleichaltriger heimliche Nachbarschaftshilfe für Angehörige und Witwen von Frontsoldaten der Roten Armee. Das ist sehr ehrenwert und sympathisch – ich kann mich jedoch nicht erinnern, dass das in der DDR irgendwelche Nachahmer gefunden hätte.

Für uns als Kinder war das Unrealistische dieses Propagandastücks offensichtlich. Es stand im Gegensatz zu der Mangelersfahrung, dass man gerade im Sozialismus mit der Versorgung der eigenen Familie bereits ausgelastet war und ohne Gegenleistung schwer etwas zu bekommen war.

Das „Wir“ des Unideologischen ist persönlich, wenn er „Wir“ sagt, meint er Menschen, die er kennt. Mein „Wir“ beispielsweise geht gewöhnlich nicht über meine Familie und

meinen Freundeskreis hinaus, und die Anzahl der Menschen, die ich hier einbeziehen würde, sind schon so zahlreich, dass ich bedauere, nicht allen gerecht werden zu können. Mein „Wir“ ist ein persönliches oder Familien-, „Wir“.

Der inflationäre Gebrauch des Massen-, „Wir“ durch die Kollektivist verweist auch auf deren Verlorenheit, Einsamkeit und Existenzängste, die die Konsequenz ihrer mangelnden Befähigung sind, sich in ihrem persönlichen Umfeld Sympathien zu erwerben oder nützlich zu machen. Jeder, der hart arbeitet, sieht eher zu, sich Linke „vom Stamme der Nimm“ vom Hals zu halten, denn er hat schon für die Seinen genug zu sorgen.

Um diese berechtigte Versorgungsverweigerung durch den wertschöpfenden Teil der Bevölkerung zu durchbrechen, braucht der Linke die sozialistische Staatsgewalt. Das war der Sinn des „Marsches durch die Institutionen“ der Achtundsechziger. Mit ihr setzt er sein Versorgungsbegehren gewaltsam durch, indem er Geld in Form von Steuern raubt, dafür die Parteien instrumentalisiert, die Gewaltenteilung aufhebt und die Medien kontrolliert. Um den Raub „demokratisch“ zu legitimieren und zu verstetigen, ist eine Mehrheit an „Bedürftigen“ zwingend. Deshalb schafft der „Sozialstaat“ bewusst die Bedingungen, die diese Mehrheit garantiert, indem nicht nur immer mehr Leute in den Staatsdienst genommen werden, sondern obendrein Millionen von Bedürftigen, die sich absehbar nicht selbst versorgen wollen oder können, ins Land geschleust werden. Deshalb konnte die Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt in einem ARD-Interview erklären, Deutschland sei ein offenes Land und brauche nicht nur Fachkräfte, sondern auch Menschen, „die in unseren Sozialsystemen zu Hause sind und sich auch zu Hause fühlen können“.

Der Begriff „Unsere Demokratie“ hat vor allem eine ausgrenzende Bedeutung. „Unsere Demokratie“ ist das „wehrhafte“, also repressive und exklusive Gesellschaftsmodell der Linken. Als mein Stasivernehmer im Potsdamer „Lindenhof“ (Stasi U-Haftanstalt) mich fragte, was ich im Westen wolle, und ich naiv mit „Demokratie“ antwortete, grinste er nur und meinte, „wir“ hätten doch eine Demokratie, nämlich eine sozialistische, die „Diktatur des Proletariats“.

Heute würde ich das mit der „Demokratie“ nicht mehr sagen, mir ist ein Rechtsstaat lieber, und den gibt es in einer libertären Meritokratie mit vollem Sezessionsrecht. Demokratie und Rechtsstaat sind zwei völlig unterschiedliche Zustände, die stets miteinander vermenget werden. Ich beobachte immer wieder, dass Demokratie gesagt wird, jedoch Rechtsstaat gemeint ist: „Das ist hier doch keine Demokratie mehr!“ – Nein, Mädels, es ist kein Rechtsstaat mehr.

Menschen mit Charakterdefiziten und Befähigungsmängeln wachsen naturgemäß immer wieder nach, weshalb der „Linke“ als Phänotyp nie aussterben wird. Das wäre auch nicht weiter schlimm, solange diesem Menschenschlag genau jene Rechte eingeräumt würden, die er sich verdient. Erlauben es ihm die politischen Strukturen jedoch zum Erpresser von Leistungen zu werden, denen seinerseits keine Gegenleistung gegenübersteht, dann wirkt das erfahrungsgemäß ermutigend für weitere Antriebsschwache, sich ebenfalls gehen und versorgen zu lassen. Irgendwann kommt das Gemeinwesen an einen Punkt, an dem genau das, was Marxisten aufzuheben vorgeben, die Regel wird: „Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen“. Oder genauer: Die Versklavung der Redlichen durch die Unredlichen, die Ausplünderung der Fleißigen durch die Faulen.

Nun hörte ich kürzlich die Ermahnung eines populären Kommunikationswissenschaftlers, nicht alle Linken über einen Kamm zu scheren, es gäbe bei denen durchaus zwei sich sehr unterscheidende Gruppen: die dummen Gutartigen und die klugen Böartigen ...

Das sogenannte demokratische Mehrheitsprinzip ist regressiv und trägt seine Grenznutzungsdauer in sich. Das Böckenförde-Dilemma, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebe, die er selbst nicht garantieren kann, wird auch in Deutschland offensichtlich. Verwahrlosung, Dreck, Dysfunktionalität, Irresein, Kulturverlust, autistische Architektur, der Verlust des Schönen und Erhabenen fallen ausgerechnet beim Besuch des Bundeshauptlums Berlin ins Auge. In diesem destruktiven Umfeld ist das von den Linken mit aller Niedertracht sabotierte Stadtschlossprojekt des Initiators Wilhelm von Boddin, seiner Mitstreiter und Spender geradezu ein ermutigendes Bravourstück, von

dem ich aber glaube, dass es heute nicht mehr durchführbar wäre.

Die einzige Möglichkeit, den Rechtsstaat zu bewahren und seinen weiteren Verfall zu stoppen, ist das volle Sezessionsrecht, also die Linksflucht respektive der Rechtsruck, um wenigstens Inseln des Rechts, des Wohlstandes und des gedeihlichen Miteinanders vorbildhaft zu schaffen.

Ich bin auch dafür, den Sozialisten einen eigenen (vorzugsweise und wie gewohnt ummauerten und gegen Ausbrechen gesicherten) Staat zu gönnen, eine neue DDR, nur für Sozialisten, in dem sie ihre Phantasien ausleben können, solange es ihnen verwehrt bleibt, rechtschaffene Menschen zur Finanzierung ihrer Irrtümer (zum Beispiel der „Energiewende“) heranzuziehen. Allen ehrbaren Leuten muss es erlaubt sein, sich Sozialisten vom Hals zu halten.

Sozialisten sollen ihr Massen-„Wir“ leben können und die Konsequenzen selbst tragen, um aus den Schmerzen zu lernen, die sie sich zufügen, was unter den gegebenen Umständen der völligen Entkopplung von Handeln, Verantwortung und Konsequenzen unmöglich ist. Das sozialistische „Wir“ funktioniert noch nicht einmal im technischen Bereich. In Skandinavien schießen die Strompreise durch die Decke, weil Deutschland wegen der Dunkelflaute und der durch schwere Wirtschaftssabotage stillgelegten Kraftwerke Energie über den europäischen Stromnetzverbund absaugt und Knappheitspreise höher als ein Euro pro Kilowattstunde anfallen. Sogenannte Phasenschieber zum Schutz des Stromnetzes der deutschen Anrainer vor dem linksgrünen Wahnsinn Deutschlands stehen mittlerweile sinnbildlich für die Notwendigkeit der Grenzsicherung in jeder Beziehung.

Das Massen-„Wir“ ist eine Schimäre, ein bewusst aufgeführtes Trugbild zur Täuschung und Überwältigung der wehr- und schutzlos gemachten Leistungserbringer. Das Familien-Wir der kleinen Kreise bedarf des unbedingten Schutzes durch wehrfähige Gemeinschaften im künftigen Europa der Vaterländer.

Freiheit, Rechtssicherheit, Wohlstand – oder Sozialismus!
Das ist nicht nur eine Empfehlung ... ○